

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Proteste gegen die „Corona-Politik“ und das politische Feld

Die Notwendigkeit ungleichheitssensibler
Zugänge in der politischen
Erwachsenenbildung

Catrin Opheys und Helmut Bremer

In der Ausgabe 46, 2022:
„Corona, Demokratie und politische Bildung.
Ansatzpunkte, Deutungen, Zugänge“



Proteste gegen die „Corona-Politik“ und das politische Feld

Die Notwendigkeit ungleichheitssensibler Zugänge in der politischen Erwachsenenbildung

Catrin Opheys und Helmut Bremer

Zitation Opheys, Catrin/Bremer, Helmut (2022): Proteste gegen die „Corona-Politik“ und das politische Feld. Die Notwendigkeit ungleichheitssensibler Zugänge in der politischen Erwachsenenbildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 46, 2022. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-46>.

Schlagworte: Corona-Proteste, Protestbewegungen, soziales Milieu, Habitus, politisches Feld, ungleichheitssensible politische Bildung



Abstract

Die mit der Corona-Pandemie und den politischen Maßnahmen aufkommenden Protestbewegungen sind gesellschaftlich und medial in bestimmter Weise sichtbar geworden: Häufig werden sie als weltanschaulich „rechts-orientiert“, wissenschaftsfeindlich und irrational wahrgenommen und im Kontext von Verschwörungsmethoden verortet. Eine solche Wahrnehmung hat auch Auswirkungen darauf, wie sich die politische Bildung zu den Protesten positioniert und diese in ihren Angeboten konzeptionell aufgreifen kann. Anknüpfend an diese Perspektiven nehmen die Autor*innen die heterogenen lebensweltspezifischen Motive für die Kritik an der „Corona-Politik“ in den Blick, indem sie die soziale Zusammensetzung der Protestbewegungen sowie gesundheitsbezogene Dispositionen auf der Basis aktueller Studien diskutieren. Sowohl der Umgang mit der Corona-Pandemie wie die Haltungen zur „Corona-Politik“ erfolgen, so die These, nicht willkürlich und ad-hoc, sondern beruhen auf realen (politischen) Erfahrungen sowie einer spezifischen, von sozialer Ungleichheit geprägten Alltagspraxis, die auch mit dem Gesundheitsverständnis zusammenhängt. Angelehnt an Bourdieus Theorie des politischen Feldes können in den Protesten milieuspezifische Formen der Beteiligung am Politischen gesehen werden, die auch Impulse für eine ungleichheitssensible politische Bildung geben. Diese sollte zwar einerseits „rote Linien“ in den Angeboten aushandeln, darf andererseits aber milieureflexive Zugänge nicht ignorieren.

Proteste gegen die „Corona-Politik“ und das politische Feld

Die Notwendigkeit ungleichheitssensibler Zugänge in der politischen Erwachsenenbildung

Catrin Opheys und Helmut Bremer

In der medialen Berichterstattung erscheinen die Protestierenden gegen die „Corona-Politik“ häufig pauschal als eine relativ homogene Gruppe; oft werden sie als „rechts-orientiert“ und im Kontext von Verschwörungsmythen als wissenschaftsfeindlich und irrational – insgesamt als gefährlich für die Demokratie und die demokratische Ordnung – klassifiziert. Besondere Beachtung finden immer wieder die *„tendenziell regressiven und von Verschwörungsmythen geeinten Hygienesdemos“* (Mullis 2020, S. 540). Auch in der politischen Bildung ist eine solche Wahrnehmung durchaus verbreitet – was nicht unerheblich ist, weil dadurch defizitäre, abwertende und pauschal problematisierende Perspektiven auf die Proteste befördert werden mit entsprechenden Folgen für Themensetzungen, pädagogische Konzepte und Formen der Ansprache.

Das erschwert es, Zugänge zu ermöglichen, die der Differenziertheit der sozialen und politischen Dynamiken gerecht werden, und jene Menschen zu erreichen, die hinter den öffentlich sichtbaren, lautstark vorgetragenen und bisweilen aggressiven „rechten“ und verschwörungsideologischen „Spitzen“ der Proteste stehen. Diese gibt es selbstverständlich, oft verbunden mit dem Versuch, Kritik an und Unmut über die „Corona-Politik“ der jeweiligen Regierungen politisch zu instrumentalisieren. Allerdings birgt der ausschließliche Blick, auch der der politischen Bildung, auf die Vereinnahmung

der Proteste durch rechte und verschwörungsnahen Akteur*innen – gewissermaßen wie das Starren des Kaninchens auf die Schlange – die Gefahr, andere Begründungen und lebenslagenspezifische Motive für Kritik an der „Corona-Politik“ zu verkennen und mögliche Potenziale für demokratische politische Lern- und Bildungsprozesse zu ignorieren.

In unserem Beitrag wollen wir uns daher differenzierter mit den Protestbewegungen gegen die „Corona-Politik“ und den dahinterliegenden Motiven beschäftigen. Vorliegende empirische Studien

widersprechen nämlich dem häufig transportierten Bild der mehr oder weniger homogenen und als „anti-demokratisch“ zu klassifizierenden Protestbewegung. Deren heterogene soziale Zusammensetzung verweist, so unsere Annahme, vielmehr auf unterschiedliche Positionen im Raum der sozialen Milieus und auf unterschiedliche Positionierungen zum politischen Feld. Wir gehen davon aus, dass sowohl die Art und Weise, wie mit der Corona-Pandemie umgegangen wurde, als auch die Haltungen, die zur „Corona-Politik“, d.h. zu den Maßnahmen, die die Regierungen gesetzt haben, um die Pandemie einzudämmen, von den Menschen eingenommen wurden, weder ad-hoc noch willkürlich erfolgten, sondern auf realen (politischen) Erfahrungen sowie einer spezifischen, von sozialer Ungleichheit geprägten Alltagspraxis beruhten, worin auch der jeweilige Blick auf Körper und Gesundheit miteinfluss (siehe Vester 2009).

Die Proteste wurden demnach wie jede soziale Praxis vom Habitus und dessen langfristig verinnerlichten Bewertungsmustern hervorgebracht und folgten somit einer sozialen Logik. Erst das (im Sinne von Max Weber und Pierre Bourdieu) „Verstehen“ dieser verschiedenen, aus den Lebenslagen entspringenden Motivlagen eröffnet es der politischen Bildung, differenzierte Zugänge zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine ungleichheits-sensible politische Bildung, die einerseits zwar „rote Linien“ aushandelt (siehe Hufer/Schudoma 2022), gleichzeitig aber milieureflexive Zugänge im Blick hat.

Was wir wissen: Befunde zur sozialen Zusammensetzung der Proteste gegen die „Corona-Politik“

Inzwischen liegen einige Untersuchungen zu den Protesten gegen die „Corona-Politik“ vor (überwiegend für Deutschland), die ansatzweise darüber Aufschluss geben, wer sich an den Protesten beteiligt und wer diese maßgeblich trägt (siehe etwa Nachtwey/Schäfer/Frei 2020; Frei/Nachtwey 2021;

Koos 2021; Virchow/Häusler 2020; Grande et al. 2021; Hunger/Völker/Saldivia Gonzatti 2021).¹ In den nachfolgend zusammengefassten Studien wurde mit standardisierten (Fragebögen, Online-Befragung) und qualitativen Methoden (Teilnehmende Beobachtung, Interviews, Dokumentenanalysen) gearbeitet, teilweise auch in Kombination. Bei aller Unterschiedlichkeit des methodischen Vorgehens und der Intentionen lassen sich die Befunde doch auf wesentliche Punkte verdichten:

- Die Protestierenden sind durch eine erstaunliche Heterogenität und „viele Gesichter“ (Grande et al. 2021, S. 5) gekennzeichnet; es handelt sich „nicht um eine, sondern um mehrere, häufig disparate soziale Gruppen“ (Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 51).
- Dominant scheinen gleichwohl Gruppen der sozialen und „politischen Mitte“ (Grande et al. 2021, S. 3) zu sein; gefunden wird ein „durchaus großes bürgerliches Lager an Protestierenden“ (Koos 2021, S. 11).
- Verbindend über die sozialen und kulturellen Grenzen hinweg ist eine (teilweise extrem) ausgeprägte Distanz zur verfassten Politik: „allen öffentlichen Institutionen schlägt großes Misstrauen entgegen“ (Frei/Nachtwey 2021, S. 4). Die Kritik an den mit der „Corona-Politik“ verbundenen Einschränkungen der Grundrechte und der Selbstbestimmung korrespondiert mit einer „starke[n] Entfremdung von den Institutionen des politischen Systems, den etablierten Medien und – zumindest für Deutschland – den alten Volksparteien“ (Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 52). Darüber können unterschiedliche Anknüpfungen an Verschwörungsmythen hergestellt (vgl. Virchow/Häusler 2020, S. 33) und auch Brücken zwischen unterschiedlichen Strömungen und Milieus geschlagen werden (vgl. ebd., S. 37).
- Die Wurzeln der Bewegung liegen vielfach in eher „linken“ politischen Milieus, so dass schon allein deshalb nicht pauschal von einer autoritär orientierten Bewegung gesprochen werden kann. Allerdings besteht oft keine starke Abgrenzung

¹ Die empirische Protestforschung (siehe Klecha/Marg/Butzlaff 2013; Teune 2021) muss mit verschiedenen Schwierigkeiten umgehen: wie etwa überhaupt den Zugang zum Feld zu bekommen, nur eine bestimmte Teilgruppe mit einer Befragung zu erreichen oder dem Phänomen der sozialen Erwünschtheit im Antwortverhalten. Auch in den Studien zu den Corona-Protesten traten diese Problematiken auf (vgl. Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 4f.). Zudem erfolgten manche Erhebungen hier nur über einen kurzen Zeitraum und bildeten lediglich einen bestimmten zeitlichen Abschnitt der Corona-Pandemie ab.

(mehr) nach rechts. Der „ausgeprägte Verschwörungsglaube“ scheint in Verbindung mit der Distanz zur etablierten Politik „*ein potenzielles Einfallstor für strategische Einflussnahme extremistischer Gruppen*“ (Kooß 2021, S. 11; vgl. auch Hunger/Völker/Saldivia Gonzatti 2021, S. 30; Virchow/Häusler 2020, S. 36) und für ein „*beträchtliches immanentes Radikalisierungspotenzial*“ (Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 54) zu sein (vgl. auch Grande et al. 2021, S. 22).

- Deutlich wurden zudem insgesamt bestimmte Positionen, die sich innerhalb der Protestbewegung durchsetzten, während andere kritische Positionen und Milieufractionen marginalisiert wurden. So wurden im zeitlichen Verlauf immer weniger Forderungen zu wirtschaftlichen oder sozialen Aspekten der Krise oder speziellen Maßnahmen artikuliert, sondern stärker „*Verschwörungserzählungen mit antidemokratischen und rassistischen Aussagen*“, die „*allgemeine Ablehnung der Corona-Politik*“ und „*Systemfragen*“, in Form der Infragestellung der „*Legitimität der Staatsgewalt*“ (Hunger/Völker/Saldivia Gonzatti 2021, S. 31).

Insgesamt zeigt sich, dass es sich um einen heterogenen Protest handelt, bei dem unterschiedliche Motive, Hintergründe und Zusammensetzungen zusammentreffen. Hinweise auf eine Milieudifferenzierung und unterschiedlich eingelagerte Habitusstrukturen können vermutet werden, bleiben aber noch diffus. Stärkere Rückschlüsse darauf lassen sich aus einer weiteren Studie der Gruppe um Oliver Nachtwey ziehen (siehe Frei/Nachtwey 2021), die wir nachfolgend heranziehen und um Befunde und Erkenntnisse aus der milieuspezifischen Gesundheitsforschung ergänzen.

„Corona-Protteste“ im Kontext von Milieutraditionen und gesundheitsbezogenen Dispositionen

Die Querdenken-Bewegung in Baden-Württemberg, einem Zentrum der Protteste, stützt sich auf eine historisch ausgebildete regionale Protestkultur, die aus unterschiedlichen Traditionen hervorgegangen

ist.² Als zentrale Träger der heutigen „Querdenken-Protteste“ wurden von Frei und Nachtwey allerdings eine aus dem früheren linksalternativen Milieu hervorgegangene alternative Strömung sowie eine damit im Protest „vereinte“ anthroposophische Strömung ausgemacht. Aus beiden Wurzeln wurde zum einen eine politische Dimension in den Protest hineingetragen. Das bedeutet, die Kritik an der „Corona-Politik“ wurde verbunden mit einem generellen „*libertären Freiheitsverständnis*“, „*in dem Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung nahezu absolut gesetzt werden*“. Der in „Corona-Protessen“ beispielhaft zum Ausdruck kommende Widerstand „*richtet sich gegen institutionelle Regeln, die ihre individuelle Freiheit beschränken – nur Regeln, die sie selbst setzen, erachten sie als legitim*“ (Frei/Nachtwey 2021, S. 3).

Zum anderen kamen nach Frei und Nachtwey in den Protessen gegen die „Corona-Politik“ spezifische gesundheitsbezogene Aspekte zum Ausdruck. Eine stilisierte „Körperpolitik“, die Betonung von „Ganzheitlichkeit“, in Teilen die Betonung einer „*spirituelle[n] und vor allem anthroposophische[n] Überzeugung*“ (ebd., S. 4) konnten etwa zu Zweifeln an der Gefährlichkeit des Corona-Virus sowie zu Impfskepsis führen.

Diese Beobachtung korrespondiert mit etwas älteren Befunden zu milieuspezifischem Gesundheitsverhalten. In diesen Befunden wurden für Teile gehobener bildungsnaher Milieufractionen eine distinktive Skepsis gegenüber der „Schulmedizin“ bei gleichzeitiger Vorliebe für Homöopathie und Naturheilverfahren sowie eine ausgeprägte Vorliebe für Prävention und Selbstachtsamkeit in Bezug auf Gesundheit festgestellt (vgl. Wippermann et al. 2011, S. 50ff.). Hinzu treten die grundlegenden gesundheitsbezogenen Dispositionen, die in den sozialen Milieus der mittleren und unteren Stufe stärker geprägt sind von dem Vertrauen in die eigene biologische Robustheit und Stärke, einer geringeren Achtsamkeit für Gesundheit, dem Verdrängen von Risiken und einer Haltung, den Körper nüchtern als „Material“ zu sehen (vgl. ebd., S. 48ff.). Bisweilen mag auch eine soziokulturelle Distanz gegenüber Ärzt*innen und anderen Akteur*innen

² Malte Thießen (2021) arbeitet die bis ins 19. Jahrhundert zurückgehende geschichtliche Dimension der Impfkritik ausführlich heraus und betont, dass die „*Vielseitigkeit des Protests [...] historische Wurzeln*“ hat (Thießen 2021, S. 133).

des Gesundheitssystems hinzugekommen sein, die „im Gegensatz zur hypochondrisch-spirituellen Heilsuche in bestimmten höheren intellektuellen Milieus“ (Vester 2009, S. 50) steht. Kurz: Es herrschte vielfach eine andere Wahrnehmung und Einschätzung der Bedrohlichkeit durch das Corona-Virus, die mit der subjektiven Perspektive auf Gesundheit und Körper einhergingen.

Die Proteste konnten allerdings auch anders verankert sein. Für Deutschland lässt sich sagen, dass sich die Distanz gegenüber der etablierten Politik etwa in den neuen Bundesländern zum einen darauf gründet, dass Bindungen an Parteien und politische Institutionen weniger tief verankert sind, zum anderen beruhen sie auf politischen Enttäuschungen und auf Erfahrungen von sozialen und kulturellen Entwertungen nach der deutschen Vereinigung. Das damit verbundene tiefe Misstrauen gegenüber der verfassten Politik, das seit geraumer Zeit von rechtspopulistischen Akteur*innen versucht wird aufzugreifen, ist besonders ausgeprägt bei den weniger privilegierten Milieus auf der mittleren und unteren sozialen Stufenleiter (siehe Becker/Dörre/Reif-Spirek 2020). In der „Corona-Politik“ wurden dann unbegründete, willkürliche und an die frühere DDR-Vergangenheit erinnernde Eingriffe in das alltägliche Zusammenleben geortet, wobei die seinerzeit vorhandene Impfpflicht als Beispiel für Zwangsmaßnahmen der „Obrigkeit“ mit herangezogen wurde.

Deutlich wird folglich, dass die „Corona-Proteste“ auf einer bestimmten regional ausgebildeten Protestkultur aufsetzen können und sich – obwohl nicht alle Protestierenden aus diesen Milieufractionen kommen – milieuspezifische Motivlagen erkennen lassen, die politisiert wurden.³

Proteste gegen die Corona-Politik und heterogene Zugänge zum Politischen

Insgesamt ergibt sich ein Bild, wonach die Corona-Pandemie und die „Corona-Politik“ im

deutschsprachigen Raum auf eine von sozialer, gesundheitlicher und politischer Ungleichheit geprägte Gesellschaft trafen; die Protestbewegungen waren folglich in unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbilder eingebunden. Für die politische Bildung ist wichtig, dass diese Differenzierung und diese unterschiedlichen Linien und Motivationsstrukturen wahrgenommen werden. Entgegen einer pauschalisiert-abwertenden „Defizitperspektive“ gilt es, den Blick für die soziale Eingebundenheit der Protestierenden zu schärfen und differenzierte Zugänge zum Politischen zu adressieren.

Der Theorierahmen des politischen Feldes

Das politische Feld (Bourdieu 2001; erweitert durch Bremer/Kleemann-Göhring 2010), auf das wir uns theoretisch stützen, lässt sich verstehen als eine Sphäre bzw. eine Art „Mikrokosmos“, in dem verschiedene Akteur*innen um die Ausgestaltung der „Regelungen der allgemeinen Angelegenheiten“ ringen und um die Deutungshoheit, was als politisches Thema bzw. Problem zu sehen ist und anerkannt wird. Dabei handelt es sich immer um bestimmte „Sichtweisen auf die Welt und ihre Ordnung“ (Bremer/Kleemann-Göhring 2010, S. 17). Politik kann als „Spiel mit impliziten Regeln“ (Bourdieu 2001, S. 47) verstanden werden, da Menschen aufgrund ihres sozialen Ortes – des „sozialen Milieus“ – unterschiedliche Möglichkeiten haben, sich in dieses „politische Spiel“ einzubringen und mit ihrer Form der Artikulationen anerkannt zu werden.

„Expert*innen“ und „Laien“ verfügen dabei über unterschiedlich viel politische Kompetenz, wozu außer einem spezifischen kulturellen Kapital (Sprache und Bildung) auch das Verfügen über Zeit zählt, sich mit „politischen“ Dingen zu befassen. Es kommt auf die Fähigkeit an, „konkrete Probleme des Alltags in allgemeinen Begriffen auszudrücken“ (Bourdieu 1992, S. 28), also von der Alltagserfahrung ein Stück weit zu abstrahieren. Dagegen werden rein lebensweltliche Themen und Zugänge, wie sie stärker der

³ Wobei der Medizinhistoriker Malte Thießen darauf hinweist, dass neben Stuttgart auch Dresden bereits im 19. Jahrhundert im Kontext der naturheilkundlich, esoterisch und anthroposophisch geprägten Lebensreformbewegung ein Zentrum von Impfskeptiker*innen war, die teilweise auch damals politisiert waren: „Da wird sozusagen mobil gemacht gegen die Moderne, die als Industrialisierung und Urbanisierung eindringt in die Lebenswelt“ (nachzulesen unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-malte-thiessen-100.html>).

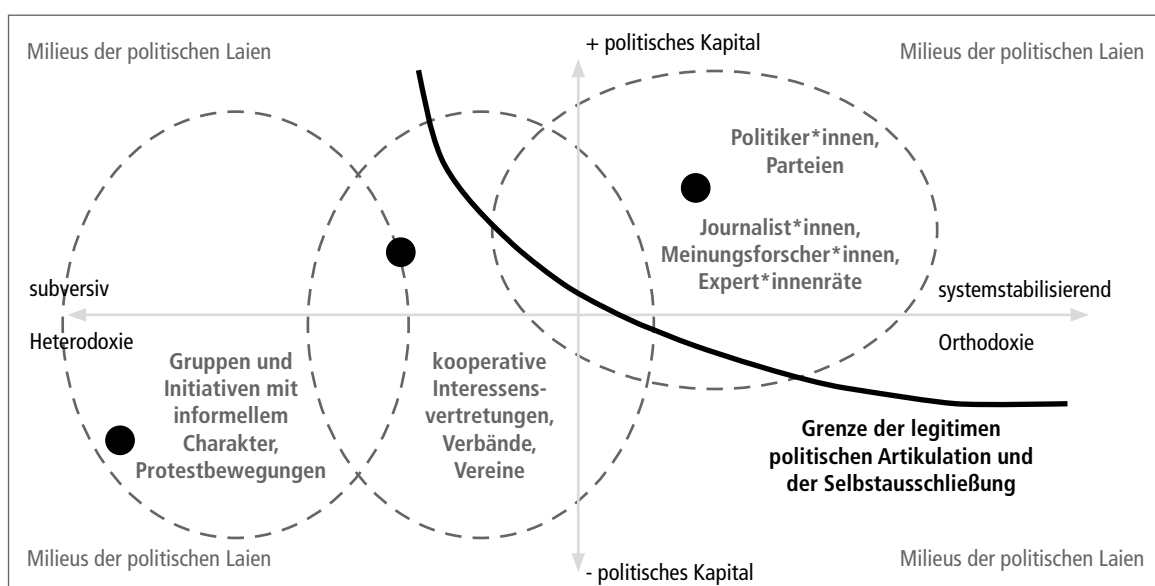
Perspektive der „Laien“ anhaften, eher aus dem engen politischen Feld ausgeklammert. Gleichzeitig geht die auf unterschiedlichen Kompetenzen im Sinne von Fähigkeiten gründende Professionalisierung auch mit einer Kompetenz im Sinne von Berechtigung einher, sich mit Politik im engeren Sinne zu beschäftigen. Das führt häufig dazu, dass das (durchaus vorhandene) politische Wissen der „Laien“ nicht im politischen Feld anerkannt wird und diese sich selbst aus dem politischen „Spiel“ herausnehmen („Politik, das ist nichts für mich“) (vgl. Bremer/Kleemann-Göhring 2010, S. 18).

Strukturieren lässt sich das politische Feld (siehe Abb. 1) zunächst durch eine horizontale und eine vertikale Achse. Die vertikale Achse umfasst die Menge an politischem Kapital, die horizontale Ebene die Einteilung zwischen den Polen der „Orthodoxie“ (systemstabilisierend) vs. Heterodoxie (subversiv) (ebd., S. 21). Zentral dafür ist, ob die gegenwärtigen Regeln des politischen Feldes und der Zuständigkeiten anerkannt (rechts) oder in Frage gestellt werden (links). Mit der Grenze der legitimen politischen Artikulation und Selbstausschließung ist gemeint, welche Themen, Inhalte und Formen des Sich-Ausdrückens als politisch legitim anerkannt oder als illegitim abgewertet werden.

Die sozialen Milieus (in der Abbildung als „Laien“ rund um das politische Feld platziert) verfügen aufgrund ihres Habitus über eine unterschiedlich ausgeprägte Affinität zur Kultur des politischen Feldes. Vereinfacht gilt, dass die sozial obenstehenden Milieus, gestützt auf ihre kulturellen, ökonomischen und sozialen Ressourcen, sich am ehesten selbst im politischen Feld repräsentieren können. Alle anderen Milieus sind dabei mehr auf soziale Netze, Institutionen und intermediäre Verbände angewiesen. Am stärksten leiden die unterprivilegierten Milieus darunter, dass ihre Artikulationsformen im politischen Feld nicht anerkannt werden und sie sich wenig in der Lage sehen, „aktiv in die politische Arbeitsteilung einzugreifen“ (Kleemann-Göhring 2013, S. 283).

Die Kreise stehen in der Abbildung für die politische Erwachsenenbildung. Sie hat keinen festen Ort, sondern ist je nach historischer Tradition ihrer Träger, der Nähe zu sozialen Bewegungen und Milieus, den Intentionen und weltanschaulichen Positionen, der Einbindung in das politisch-administrative System usw. anders positioniert bzw. „verstrickt“ in die Prozesse des politischen Feldes. Wir kommen darauf am Ende noch einmal zurück.

Abb. 1: Heuristik des politischen Feldes



Quelle: Bremer/Kleemann-Göhring 2010; erweitert durch die Autor*innen

Die „Corona-Proteste“ im politischen Feld

Generell sind Protestbewegungen stärker auf der subversiven Seite (links) zu verorten, denn in ihnen drücken sich politisches Unbehagen und Reibungen mit den etablierten Strukturen aus (siehe Bremer/Trumann 2019). Sie zeichnen sich aus durch Informalität, Spontaneität, Kollektivierungspotenziale und sind „je nach Tradition, Herkunft und Stärke eher innerhalb oder außerhalb des engeren Machtzentrums des politischen Feldes“ (Kleemann-Göhring 2013, S. 282) zu sehen. Sie scheinen zunächst durch die geringere Organisierung weniger wirkmächtig, können aber etwa durch Radikalität, Größe, Prominenz sowie kreative Protestformen (siehe Rucht 2007) Sichtbarkeit und Zustimmung erlangen und auf diese Weise Einfluss auf das politische Feld ausüben: „Sie sind deshalb wichtig, weil sie den Laien eine Stimme verleihen können“ (Kleemann-Göhring 2013, S. 282; Hervorh.i.O.).

Unterschiedliche Distanzen zum politischen Feld, „Gegenwissen“ und Bedeutung von Emotionalität

Bezieht man die Hinweise auf die milieuspezifisch unterschiedlich gelagerten Motivationsstrukturen für die Protesthaltungen zur „Corona-Politik“ mit ein, so ist davon auszugehen, dass unter der Oberfläche der Gemeinsamkeit des Protests Differenzen fortbestehen (was im Übrigen nicht ungewöhnlich ist in Bezug auf Protest- und soziale Bewegungen (siehe Teune 2021) sowie „alternative Bewegungen“ (siehe etwa auch Vester 2010)).

Das ist gerade für die politische Bildung wichtig. Das Misstrauen und die Enttäuschung gegenüber den Akteur*innen des politischen Feldes sind unterschiedlich begründet. Sie sind allenfalls strukturähnlich, aber eben nicht gleich und werden nach Milieu und Habitus unterschiedlich verarbeitet; zugleich verfügen die Teilnehmenden auch über unterschiedliche Ressourcen, um sich in das „politische Spiel“ mit einzubringen. Gerade die weniger privilegierten Milieus sind dabei mehr auf Akteur*innen angewiesen, die „für sie“ oder „in ihrem Namen“ sprechen und Anliegen einbringen. Darin liegen Risiken (etwa durch die Versuche „rechter“ Akteur*innen, sich

zum Sprachrohr zu machen), aber hier können auch Chancen gesehen werden, etwa indem sich die politische Bildung als Akteurin versteht, die Anliegen aufnimmt und damit zusammenhängende Lern- und Bildungsprozesse fördert (wie das oben schon angedeutet wurde).

Neben der Distanz und dem Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen des politischen Feldes lassen sich weitere Aspekte finden, die als Zugänge für die politische Bildung dienen können:

- Für die „Corona-Proteste“ spielt wie für Protestbewegungen insgesamt die Produktion und Aneignung von „Gegenwissen“ eine erhebliche Rolle. Es dient der „Ermächtigung der Protestakteur:innen“ und kann zudem dazu führen, gestützt auf andere Expert*innen (etwa Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen) Inhalte und Erkenntnisse einzubringen, „die im politischen Diskurs bislang unberücksichtigt oder stigmatisiert sind“ (Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021, S. 258f.).
- Verbunden ist das oft mit der Nutzung anderer Medien und Netzwerke oder auch der Gewinnung prominenter Personen, die sich medial kritisch positioniert haben und als Orientierungsfiguren der Bewegung gelten (vgl. Koos 2021, S. 9).
- Von Bedeutung sind dabei – wie bei Protestbewegungen allgemein – emotionale Zugänge zu gesellschaftlichem und politischem Wissen (vgl. Grande et al. 2020, S. 22; Pantenburg/Reichardt/Sepp 2021; Nachtwey/Schäfer/Frei 2020, S. 54), welche im politischen Feld häufig nicht als politisch im engeren Sinne anerkannt werden und die auch in der politischen Bildung mit Blick auf Ungleichheitsperspektiven stärker aufgegriffen werden können (siehe Bremer 2019; Besand 2016).

Impulse für eine ungleichheitssensible politische Bildung

Welche Bedeutung unsere Überlegungen für die politische Bildung haben, wurde an einigen Stellen bereits angedeutet. Wir möchten das nun abschließend etwas erweitern und konkretisieren.

Die politische Bildung im politischen Feld

Wie bereits angedeutet, ist die politische Erwachsenenbildung nicht losgelöst von den Strukturen und Diskursen des politischen Feldes zu betrachten. Sie kann aber mit Blick auf die soziale Eingebundenheit des Politischen in ihren Angeboten konzeptionell an unterschiedliche Akteur*innen und an unterschiedliche Verständnisse des Politischen anknüpfen. Die politische Bildung kann entlang der Unterscheidung zwischen einem „engen“ oder „weiten“ Politikverständnis (eher Bezug auf die Partei- und parlamentarische Ebene oder eher offener verstanden als „Regelung der allgemeinen Angelegenheiten“) unterschiedliche Milieus stärker dort adressieren, wo Politik Nähe zu der Lebenswelt hat. Das bezieht sich dann etwa auch auf das in den Protestbewegungen zum Ausdruck kommende „Unbehagen“ und „Reiben“ an den Strukturen des engen politischen Feldes (siehe Bremer/Trumann 2019). Dieses „Unbehagen“ und die Formen der Artikulation können von der politischen Bildung konzeptionell aufgegriffen werden, anstatt diese aus dem Politischen auszuklammern und somit vielleicht ungewollt der Logik des Feldes zu folgen und diese zu stabilisieren. Hier sollten entgegen der Übernahme vorschneller pauschaler Zuschreibungen stärker heterogene Positionen durch reale (politische) Erfahrungen und milieuspezifische Alltagspraktiken (etwa im Hinblick auf gesundheitliche und politische Orientierungen) wahrgenommen werden. So spielt es etwa auch eine Rolle, *wie* politische Bildung für bestimmte Proteste sensibilisiert bzw. wie sie Protestierende und ihre Anliegen sieht und einordnet, etwa durch das Berücksichtigen ungleichheitssensibler und milieureflexiver Zugänge.

Die „roten Linien“ in der Bildungsarbeit – (wie) kann man sie ziehen?

Von großer Bedeutung ist zudem in Angeboten politischer Bildung das Setzen sogenannter „roter Linien“ (siehe Bremer 2018; Hufer/Schudoma 2022) als mögliche „Grenzen des Sagbaren“, etwa in (bewusst) formulierten rassistischen und antisemitischen Ideologien oder rechtsextremen Agitationen. Entscheidend ist aber, dass diese roten Linien nicht absolut festzulegen sind, sondern kontextspezifisch gesehen werden müssen, also unter Berücksichtigung der sozialen Lage der Adressat*innen und

des daraus hervorgehenden milieuspezifischen Habitus, der pädagogischen Ziele und des jeweiligen Bildungskontextes ausgehandelt werden müssen (vgl. Bremer 2018, S. 33). So ist etwa mit Blick auf die „Corona-Proteste“ zu unterscheiden, ob offen diskriminierende Aussagen getätigt und/oder sich bewusst Verschwörungsideologien bedient wird oder auf Alltagserfahrungen beruhende Problemlagen und milieuspezifische Erfahrungen (beispielsweise politische Vorstellungen oder Gesundheitsverständnisse) artikuliert werden. Das heißt dann nicht, dass in Kontexten politischer Bildung alles geäußert werden darf und auch Grenzwertiges aufgezeigt werden muss, aber dass das Gesagte unterschiedlich vor dem Hintergrund der Erfahrungen und dem jeweiligen Handlungskontext oder Angebotsformat pädagogisch eingeordnet und begleitet werden muss, etwa durch unterschiedliche Ansprache-Strategien und methodisch-didaktische Vorgehensweisen.

Dabei steht das Setzen und Aushandeln dieser roten Linien im Zusammenhang mit dem jeweiligen Angebots- und Organisationskontext. Hier ist etwa zu unterscheiden, ob es sich um ein präventives Angebot (für Protestierende selbst), ein Sensibilisierungsangebot für pädagogisch Tätige oder Engagierte im Kontext einer rassistischen- und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit oder um ein konkretes Angebot für bereits „rechtsorientierte“ und ggf. organisierte Menschen, die bestimmte Narrative teilen und bewusst nach außen tragen wollen, handelt.

Der Blick auf heterogene Adressat*innen erübrigt sich nicht in einseitigen „Wir“ und „Sie“ Zielgruppenkonstruktionen, sondern differenziert zwischen unterschiedlichen Zielgruppen, milieuspezifischen Erfahrungen sowie den Formen der Artikulation und Sprache (vgl. Kohlstruck 2011, S. 315). Dies meint dann etwa auch die Adressierung der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bezeichnung der Protestierenden als „Covidioten“ (vgl. Grande et al. 2021), was mit einer einseitigen Diffamierung der Akteur*innen als per se unpolitisch, undemokratisch oder defizitär einhergeht. Dies meint aber auch, das entsprechende Adressieren von Menschen durch politische Bildung, die ggf. durch die Proteste von „rechts“ vereinnahmt werden können.

Habitus- und Milieusensibilität

Aus diesem Grund haben habitus- und milieureflexive Zugänge zum Politischen und damit besonders Emotionalität eine bedeutende Funktion (siehe Bremer 2019; Besand 2015 u. 2016), denn das scheinbar „legitime“ Sprechen über „vernünftige“ Argumente kann Teilnehmende in der politischen Bildung unterschiedlich erreichen, da latente Dinge dahinterliegen. Entscheidend kann es dabei sein, nicht nur anhand eines vermeintlichen „richtigen politischen Wissens“ und bestimmter Formen der Artikulation zu vermitteln, etwa im Sinne sogenannter Faktenchecks oder Argumentationsleitfäden, sondern ein Gespür für dahinterliegende Alltagspraxen zu erlangen. Hier können mit Blick auf die „Corona-Proteste“ differente Wissensbestände verschiedener sozialer Gruppen (zum Beispiel in Bezug auf Gesundheit und die „Corona-Politik“) und damit verbundene unterschiedliche Formen, die eigenen Forderungen in den politischen Diskurs zu tragen, fokussiert werden.

Daher sind ungleichheitssensible Ansprachen und Zugänge im Sinne der Teilnehmenden- und Milieuorientierung in der Erwachsenenbildung (siehe Bremer 2021) hoch relevant, beispielsweise durch unterschiedliche räumliche, methodische und sprachliche Zugänge. So können etwa Konzepte, die stärker aufsuchend gestaltet sind und an die Lebenswelten der Teilnehmenden anknüpfen, im Hinblick auf die Proteste gegen die „Corona-Politik“ reflektiert und modifiziert werden, um Barrieren zu überwinden

und Menschen unterschiedlich zu erreichen. Dabei sind Kontakte und Kooperationen zu lebensweltnahen Institutionen und Vertrauenspersonen zentral (siehe Ludwig 2019). Diese Gedanken kommen in Deutschland partiell schon in Konzepten der „aufsuchenden Impfungen“ zum Tragen.

Neben strukturellen Zugängen ist zudem auf der Interaktionsebene eine verstehende Haltung (vgl. Bourdieu 1997) gegenüber unterschiedlichen Adressat*innen und Milieus wichtig. Dabei müssen sich die Profession der politischen Erwachsenenbildung und die Tätigen selbst, wie oben schon angedeutet, als Teil des politischen Feldes begreifen und die eigene Involviertheit in Strukturen symbolischer Herrschaft anerkennen. Hierbei ist es notwendig, im Sinne von Milieu- und Habitussensibilität (siehe Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2014) den eigenen sozialen Ort (also den Habitus und das soziale Milieu) und damit verbundene Formen und Zugänge zu Gesundheit, Wissen, Politik und Medien wie auch zur „Corona-Politik“ sowie das pädagogische Professionsverständnis mit Blick auf die Haltung gegenüber den Adressat*innen zu reflektieren. Das kann durchaus zu subjektiv als schmerzhaft empfundenen Prozessen führen, weil mitunter Sichtweisen und pädagogische Selbstverständnisse in Frage gestellt werden. In jedem Fall ist das kein kurzzeitiger Akt der Bewusstseinswerdung, so dass es in politischen Bildungskontexten der Einübung anderer Denk-, Handlungs- und Bewertungspraxen als Teil der Professionalisierung politischer Bildung bedarf.

Literatur

- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.) (2020):** Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Besand, Anja (2016):** Zum Verhältnis von Emotionalität und Professionalität in der politischen Bildung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Ideologien der Ungleichwertigkeit. Berlin, S. 77-83. Online: <https://www.boell.de/de/2016/04/15/ideologien-der-ungleichwertigkeit> [Stand: 2022-06-07].
- Besand, Anja (2015):** Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung. In: Emotionen und Politik 33, S. 213-224.
- Bourdieu, Pierre (1992):** Politik, Bildung und Sprache. In: Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA, S. 13-30.

- Bourdieu, Pierre (1997):** Verstehen. In: Ders. et al.: (Hrsg.): Das Elend der Welt. Konstanz: UVK, S. 779-802.
- Bourdieu, Pierre (2001):** Das politische Feld. In: Ders.: Das politische Feld. Konstanz: UVK, S. 41-66.
- Bremer, Helmut (2018):** Wie umgehen mit „rechts“? Verschiebung politischer Koordinaten und die „roten Linien“ in der politischen Bildung. In: Weiterbilden 2, 2018, S. 32-35.
- Bremer, Helmut (2019):** Politik, Emotionen und Habitus. Plädoyer für eine emotions- und ungleichheitssensible politische Bildung. In: Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 159-172.
- Bremer, Helmut (2021):** Milieusensible Weiterbildung. In: Education Permanente 1, 2021, S. 21-31.
- Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark (2010):** „Defizit“ oder „Benachteiligung“: Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Erwachsenenbildung und zur Wirkung symbolischer Herrschaft. In: Zeuner, Christine (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburg: Universität Hamburg, S. 12-28.
- Bremer, Helmut/Trumann, Jana (2019):** Das Unbehagen im Politischen und dessen Bedeutung für die politische Erwachsenenbildung. In: Bildung und Erziehung 72, 3, 2019, S. 277-292.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021):** Quellen des «Querdenkertums». Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel: Universität Basel. Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg. Online: https://www.boell-bw.de/sites/default/files/2022-01/Quellen%20des%20Querdenkertums_Frei_Nachtwey.pdf [Stand: 2022-06-07].
- Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem (2021):** Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Online: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> [Stand: 2022-06-07].
- Hufer, Klaus-Peter/Schudoma, Laura (2022):** Die Neue Rechte und die rote Linie. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Hunger, Sophia/Völker, Teresa/Saldivia Gonzatti, Daniel (2021):** Der Verlust der Vielfalt. Die Corona-Proteste in Deutschland werden durch eine radikale Minderheit geprägt. In: WZB Mitteilungen 172, S. 30-32.
- Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013):** Wie erforscht man Protest? In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 12-45.
- Kleemann-Göhring, Mark (2013):** „Politikferne“ in der politischen Bildung. Zur Anerkennung unterschiedlicher sozialer Zugänge zum politischen Feld. In: Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark/Teiwes-Kügler, Christel/Trumann, Jana (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Beiträge für eine soziologische Perspektive. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 276-292.
- Kohlstruck, Michael (2011):** Bildung „gegen rechts“. In: Hafenecker, Benno (Hrsg.): Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 307-323.
- Koos, Sebastian (2021):** Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona-Proteste“ am 4.10.2020 in Konstanz. Universität Konstanz/Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“, S. 1-12. Online: <https://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/52497> [Stand: 2022-06-07].
- Lange-Vester, Andrea/Teiwes-Kügler, Christel (2014):** Habitussensibilität im schulischen Alltag als Beitrag zur Integration ungleicher sozialer Gruppen. In: Sander, Tobias (Hrsg.): Habitussensibilität. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 177-207.
- Ludwig, Felix (2019):** Aufsuchende politische Bildung. Expertise. Im Auftrag von ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V. Online: https://www.modem-arbeitundleben.de/fileadmin/user_upload/2019_Expertise_aufsuchende_politische_Bildung_FL-HB.pdf [Stand: 2022-06-07].
- Mullis, Daniel (2020):** Protest in Zeiten von Covid-19: Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33, 2, 2020, S. 528-543.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020):** Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung. Universität Basel. Online: <https://idw-online.de/de/attachmentdata85376> [Stand: 2022-06-07].
- Pantenburg, Johannes/Reichardt, Sven/Sepp, Benedikt (2021):** Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Corona. Pandemie und Krise. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 254-264.
- Rucht, Dieter (2007):** Protest: Einführung. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 183-201.
- Teune, Simon (2021):** Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34, 2, 2021, S. 326-334. Online: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0029> [Stand: 2022-06-07].
- Thießen, Malte (2021):** Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie. Frankfurt am Main: Campus.
- Vester, Michael (2009):** Milieuspezifische Lebensführung und Gesundheit. In: Jahrbuch für Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften: Health Inequalities 45, S. 36-56.
- Vester, Michael (2010):** Alternativbewegungen und neue soziale Milieus. Ihre soziale Zusammensetzung und ihr Zusammenhang mit dem Wandel der Sozialstruktur. In: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 27-60.

Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. CoRE-NRW-Kurzgutachten 3. Bonn: CoRE. Online: https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf [Stand: 2022-06-07].

Wippermann, Carsten/Arnold, Norbert/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Michael (2011): Chancengerechtigkeit im Gesundheitssystem. Wiesbaden: VS.

Weiterführende Links:

Interview mit Malte Thießen vom 23.11.2021: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-malte-thiessen-100.html>



Foto: K. K.

Catrin Opheys, M.A. B.A.

catrin.opheys@uni-due.de

Catrin Opheys studierte Erziehungswissenschaft (B.A.) und Erwachsenenbildung/Weiterbildung (M.A.) an der Universität Duisburg-Essen. Seit 2021 ist sie dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung tätig und hat u.a. folgende Arbeitsschwerpunkte: Politische Bildung und Partizipation; diskriminierungskritische und ungleichheitssensible Bildung; Erwachsenenbildung; Studium, Habitus und soziale Ungleichheit; qualitative Sozialforschung. Zudem ist sie freiberuflich in der politischen Bildungsarbeit bei unterschiedlichen Trägern und zu verschiedenen Themenfeldern tätig.



Foto: K. K.

Prof. Dr. Helmut Bremer

helmut.bremer@uni-due.de
<https://www.uni-due.de/biwi/politische-bildung>
+49 (0)201 1832210-6031

Nach seiner Ausbildung und Tätigkeit in der Sozialen Arbeit absolvierte Helmut Bremer an der Universität Hannover ein Studium der Diplom-Sozialwissenschaften. Von 1995 bis 2003 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Hannover und Münster in verschiedenen Forschungsprojekten tätig, u.a. zum Verhältnis der sozialen Milieus zur Kirche sowie zur Milieubezogenheit der Erwachsenenbildung. Er promovierte im Jahr 2001 an der Universität Hannover zum Themengebiet der theoretischen und empirischen Habitus- und Milieuanalyse und habilitierte sich 2005 an der Universität Hamburg mit der Arbeit „Soziale Milieus, Habitus und Lernen“. Bis zu seinem Ruf an die Universität Duisburg-Essen im Jahr 2009 übernahm er Professurvertretungen für Religions- und Kirchensoziologie in Leipzig und für Weiterbildung in Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen: Politische Erwachsenenbildung; (Weiter-)Bildung und soziale Ungleichheit; Habitus, Lernen und Sozialisation; Milieu- und Habitusanalyse und ihre Methoden; Gesellschaftsbildforschung.

Protests against “Coronavirus Policies” and the Political Field

The necessity of inequality-sensitive approaches in adult political education

Abstract

The protest movements that have emerged in reaction to the coronavirus pandemic and political measures have become visible in society and the media in certain ways: Frequently perceived as being ideologically „right-wing,“ antiscientific and irrational, they are often contextualized as conspiracy theories. Such a perception also has effects on how political education positions itself in terms of the protests and responds to them conceptually in its offerings. Building on these perspectives, the authors take into account the heterogeneous lifestyle-specific motives for criticism of „coronavirus policies“ by discussing the social composition of the protest movements and basic attitudes toward health in light of current studies. According to the authors’ thesis, both the handling of the coronavirus pandemic and attitudes toward „coronavirus policies“ are not arbitrary and ad hoc but rest upon real (political) experiences and a specific everyday life influenced by social inequality that is also related to an individual’s understanding of health. Supported by Bourdieu’s theory of the political field, forms of political participation specific to the milieu can be seen in the protests that also give impulses for inequality-sensitive political education. This should help negotiate „red lines“ in courses but may also not ignore approaches inherent in the respective milieus.



Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783755792864

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 46, 2022

Sonja Luksik MA (ÖGPB)
Dr. Stefan Vater (VÖV)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

MinR Robert Kramreither (BMBWF)

Fachbeirat

Univ.-Prof.* Dr.* Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.* Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Mag.* Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.* Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.* Andrea Kraus

Satz

Mag.* Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at